

N i e d e r s c h r i f t

**der 41. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 17.04.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:02 Uhr bis 17:43 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand		
Herr Harald Bartl	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	ab 16:10 Uhr bis 19:19
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Gerry Kley	FDP	
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM	
Herr Egbert Geier	Bürgermeister	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	
Herr Drago Bock	Verwaltung	
Frau Sabine Ernst	Verwaltung	
Herr Dr. Markus Folgner	Verwaltung	
Herr Oliver Paulsen	Verwaltung	
Frau Anja Schneider	Verwaltung	

Entschuldigt fehlen:

Herr Uwe Stäglin	Verwaltung
------------------	------------

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 41. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- 5.1 Neufassung der Sportförderrichtlinie
Vorlage: V/2012/11028
gleiche Voten in den Fachausschüssen
 - 5.2.2 Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Uwe-Volkmar Köck (Fraktion DIE LINKE) zum Beschluss Kleingartenkonzeption Halle (Saale) - Vorlagen-Nr.: V/2012/10759
Vorlage: V/2013/11648
durch antragstellende Fraktion zurückgezogen
 - 5.3 Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6)
Vorlage: V/2013/11394
im Finanzausschuss am 16.04.2013 zurückgestellt
 - 6.2 Antrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU) - Anpassung der Honorarsätze für freie Mitarbeiter des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel"
Vorlage: V/2013/11464
im Finanzausschuss vertagt
 - 6.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt
Vorlage: V/2013/11461
im Planungsausschuss am 09.04.2013 vertagt
 - 6.7 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung
Vorlage: V/2013/11368
gleiche Voten in den Fachausschüssen
-

Weiter liegen folgende Änderungen und Ergänzungen vor:

- 5.2 Beschluss Kleingartenkonzeption Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10759

Hier wurde der Beschlusspunkt 5 durch die Verwaltung hinzugefügt.

- 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung – Teilbericht Kinderarmut
Vorlage: V/2013/11473

Es wurden Änderungen durch die antragstellende Fraktion im Jugendhilfeausschuss am 04.04.2013 vorgenommen.

- 6.3. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle
Vorlage: V/2013/11533

Hierzu liegt ein Änderungsantrag des Oberbürgermeisters vor:

- 6.3.2 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle (V/2013/11533)
Vorlage: V/2013/11661

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, merkte an, dass zur Sportförderrichtlinie im Finanzausschuss ein Änderungsantrag gestellt wurde. Dieser wurde mit Patt abgelehnt. Eine Behandlung der Sportförderrichtlinie im Hauptausschuss sei entsprechend der Geschäftsordnung nicht zwingend erforderlich. Dennoch würde er es begrüßen, diese Richtlinie im Hauptausschuss zu behandeln.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat darum, die Beschlussvorlage nicht im Hauptausschuss zu behandeln und die entsprechende Diskussion im Stadtrat zu führen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, bat um Aufklärung, weshalb der Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement (Vorlage: V/2012/11055) ordnungsgemäß, entsprechend der 6-Monatsfrist, auf der Tagesordnung des Stadtrates sei, jedoch nicht in den entsprechenden Ausschüssen behandelt wurde. Seitens der Verwaltung wurde bisher erklärt, dass man erst im Mai aussagefähig sei, dies könne er nicht nachvollziehen.

Herr Paulsen, Grundsatzreferent, erklärte, dass die Aufnahme auf die Tagesordnung auf Hinweis der FDP-Fraktion erfolgte. Dadurch konnte eine Fristwahrung bei der Versendung der Einladung und Unterlagen für den Stadtrat eingehalten werden, allerdings nicht für die vorberatenden Ausschüsse, dem Finanzausschuss und Hauptausschuss. Der Stadtrat kann entscheiden, ob eine Beratung erwünscht ist.

Weitere Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: mehrheitlich zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 20.03.2013
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 20.03.2013
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1 *Neufassung der Sportförderrichtlinie*
Vorlage: V/2012/11028 *abgesetzt*
 - 5.1.1 *Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage - Neufassung der Sportförderrichtlinie - Vorlagen-Nr.: V/2012/11028*
Vorlage: V/2013/11659 *abgesetzt*
 - 5.2 Beschluss Kleingartenkonzeption Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10759
 - 5.2.1 *Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Beschluss Kleingartenkonzeption Halle (Saale) (V/2012/10759)*
Vorlage: V/2012/11296
 - 5.2.2 *Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Uwe-Volkmar Köck (Fraktion DIE LINKE) zum Beschluss Kleingartenkonzeption Halle (Saale) - Vorlagen-Nr.: V/2012/10759*
Vorlage: V/2013/11648 *zurückgezogen*
 - 5.3 *Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6)*
Vorlage: V/2013/11394 *abgesetzt*
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung – Teilbericht Kinderarmut
Vorlage: V/2013/11473
 - 6.2 *Antrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU) - Anpassung der Honorarsätze für freie Mitarbeiter des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel"*
Vorlage: V/2013/11464 *abgesetzt*
 - 6.3 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle
Vorlage: V/2013/11533
 - 6.3.1 *Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle [V/2013/11533]*
Vorlage: V/2013/11600
 - 6.3.2 *Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle (V/2013/11533)*
Vorlage: V/2013/11661
 - 6.4 *Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt*
Vorlage: V/2013/11461 *abgesetzt*

- 6.5 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10844
- 6.6 Gemeinsamer Antrag der FDP-Stadtratsfraktion, der CDU-Stadtratsfraktion und der SPD-Stadtratsfraktion zur Ausrichtung des Internationalen Hansetages 2019
Vorlage: V/2013/11604
- 6.7 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung*
Vorlage: V/2013/11368 *abgesetzt*
- 7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8. Mitteilungen
- 9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 20.03.2013

Herr Kley, FDP-Fraktion, fragte nach dem auf Seite 17 zugesagten Sachstandsbericht zur Kooperationsvereinbarung Volkshochschule.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass ein Sachstandsbericht diesbezüglich nicht vorliegt. Es sei ein Gespräch mit dem Landrat avisiert. Er erklärte, dass der Bericht erst nach dem Gespräch erfolgen kann.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, informierte, dass der Hauptausschuss diese Kooperation intensiv begleitet habe. Dem Oberbürgermeister stehe hier das Verhandlungsmandat offen, Herr Lange bat jedoch um Einbeziehung der Mitglieder bevor eine Entscheidung hierzu fällt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand, bestätigte dies und erklärte, dass zunächst eine Aufstellung des Für und Wider zu dieser Kooperationsvereinbarung erfolgen wird und eine Diskussion dazu stattfindet. Er sicherte zu, dass eine Befassung im Hauptausschuss erfolgen wird.

Es gab keine weiteren Einwände zur Niederschrift der 41. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 20.03.2013.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 20.03.2013

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand gab folgenden nicht öffentlichen Beschluss des Hauptausschusses vom 20.03.2013 bekannt:

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Stadt Halle (Saale) beschließt, als Fachbereichsleiterin des Fachbereiches Finanzen

Frau
Corinna Wolff

zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu ernennen.

Es lagen keine weiteren nicht öffentlichen Beschlüsse vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.2 Beschluss Kleingartenkonzeption Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10759**

**zu 5.2.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Beschluss
Kleingartenkonzeption Halle (Saale) (V/2012/10759)
Vorlage: V/2012/11296**

Herr Kley, FDP-Fraktion, sagte, dass sich der Änderungsantrag der FDP-Fraktion darauf beziehe, ein neues Förderungsprogramm auszuweisen und eine Haushaltsstelle zu errichten.

Das Kleingartenwesen habe sich in der Stadt Halle in den letzten 60 Jahren sehr gut entwickelt, ohne dass es einer staatlichen besonderen finanziellen Förderung bedurft habe. Durch das Bundeskleingartengesetz wird das Kleingartenwesen besonders geschützt und gefördert. In der gegenwärtigen Haushaltslage sei es jedoch begründet, die Beschlusspunkte 3 und 4 zu streichen. Zu einem anderen Zeitpunkt mit entspannter Haushaltslage seien diese Punkte vorstellbar und diskussionsfähig.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung.

**zu 5.2.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Beschluss Kleingarten-
konzeption Halle (Saale) (V/2012/10759)
Vorlage: V/2012/11296**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

5 Ja-Stimmen

7 Nein-Stimmen

Beschlussvorschlag:

Die Beschlusspunkte 3 und 4 werden gestrichen:

1. Der Stadtrat beschließt die Kleingartenkonzeption als Handlungsgrundlage zur Weiterentwicklung des Kleingartenwesens im Stadtgebiet.
2. Die Kleingartenkonzeption soll nach 5 Jahren fortgeschrieben werden.
- ~~3. Die Verwaltung wird beauftragt, beginnend ab dem Haushaltsjahr 2014, eine Haushaltsstelle für Ausgaben zur Verbesserung des Kleingartenwesens in Umsetzung der Kleingartenkonzeption einzurichten.~~
- ~~4. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat eine Förderrichtlinie zur „Stabilisierung und Förderung des Kleingartenwesens“ in der Stadt Halle (Saale) zum Beschluss vorzulegen.~~

zu 5.2 Beschluss Kleingartenkonzeption Halle (Saale)

Vorlage: V/2012/10759

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

11 Ja

1 Enthaltung

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Kleingartenkonzeption als Handlungsgrundlage zur Weiterentwicklung des Kleingartenwesens im Stadtgebiet.
2. Die Kleingartenkonzeption soll nach 5 Jahren fortgeschrieben werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, beginnend ab dem Haushaltsjahr 2014, eine Haushaltsstelle für Ausgaben zur Verbesserung des Kleingartenwesens in Umsetzung der Kleingartenkonzeption einzurichten.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat eine Förderrichtlinie zur „Stabilisierung und Förderung des Kleingartenwesens“ in der Stadt Halle (Saale) zum Beschluss vorzulegen.
- 5. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Stadtverband der Gartenfreunde eine Vereinbarung zur Umsetzung der Kleingartenkonzeption auszuhandeln und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.**

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung – Teilbericht Kinderarmut
Vorlage: V/2013/11473**

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, informierte, dass alle Fachausschüsse dem Antrag zugestimmt haben.

Der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss hat in seiner Sitzung eine falsche Version des Antrages abgestimmt. Letztendlich ginge es nur darum, in welchem Turnus die Berichterstattung erfolgen solle. In dem Sinne liegen hier keine unterschiedlichen Voten vor.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung des Antrages.

**zu 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung – Teilbericht Kinderarmut
Vorlage: V/2013/11473**

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
12 Ja-Stimmen**

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum III. Quartal 2013 auf der Grundlage der Handlungsempfehlungen der 2. Familienberichterstattung – Teilbericht Kinderarmut einen vom Stadtrat zu beschließenden Maßnahmenplan gegen Kinderarmut vorzulegen.
2. Über die Umsetzung der Maßnahmen wird ~~jährlich~~ **1 ½ jährlich** im Jugendhilfeausschuss und Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss in Form eines Berichtes durch die Verwaltung informiert. Die Stadtverwaltung analysiert darin weiterhin die Wirksamkeit der Handlungsempfehlungen und die Qualität der Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Akteuren.

**zu 6.3 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle
Vorlage: V/2013/11533**

**zu 6.3.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle [V/2013/11533]
Vorlage: V/2013/11600**

**zu 6.3.2 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle (V/2013/11533)
Vorlage: V/2013/11661**

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, sagte, dass es in der Vergangenheit weitreichende Diskussionen bezüglich der Mitgliedschaften gegeben habe. Unstrittige Ergebnisse aus den Ausschüssen sind in den Antrag der CDU-Fraktion aufgenommen.

Zwischenzeitlich ist deutlich geworden, dass sich die Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland positiv entwickelt und auch zum Nutzen der Stadt Halle sich sehr gut auswirken würde. Insofern könne seine Fraktion den Änderungsantrag der FDP-Fraktion nicht unterstützen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, informierte, dass es möglich sei, die Forderung im Änderungs-

antrag bezüglich der Reduzierung der Beitragshöhe für die *Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland* zurückzuziehen.

Seiner Meinung nach müsse die Mitgliedschaft in dem *Unabhängigen Institut für Umweltfragen e.V.* gekündigt werden, da es sich hierbei um ein Wirtschaftsunternehmen handle. Es sei nicht Aufgabe der Stadt, auf dem freien Markt in Unternehmen Beteiligungen zu halten. Das Unternehmen werde mit der Subventionierung in Höhe von 5.000 EUR gegenüber anderen Mitbewerbern bevorteilt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand fragte, ob demnach die FDP-Fraktion den Änderungsantrag geändert habe.

Herr Kley informierte, dass damit das *Unabhängige Institut für Umweltfragen e.V.* von dem Bereich *Reduzierungen Beitragshöhe* in den Bereich *Kündigung* aufgenommen werde. Die Präzisierung bei der *Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland* soll beibehalten werden.

Herr Bönisch erklärte, dass die CDU-Fraktion den Änderungsantrag der FDP-Fraktion übernimmt.

Herr Paulsen, Grundsatzreferent, informierte, dass sowohl in den Bereichen des Klimaschutzes als auch im Bereich der Gesundheit in Zukunft verstärkt Aktivitäten erfolgen sollen. In der Vergangenheit wurden diese Mitgliedschaften nicht optimal genutzt, so dass der Oberbürgermeister hierzu einen Änderungsantrag gestellt hat. Er fügte hinzu, dass zu dem bereits übernommenen Änderungsantrag eine Stellungnahme der Verwaltung vorliegt. Mit dem *Unabhängigen Institut für Umweltfragen e.V.* wurde bereits über eine Mitgliedsbeitragsreduzierung verhandelt, so dass ein Betrag in Höhe von 1.000 EUR zu zahlen wäre.

Sowohl beim *Klima Bündnis* als auch beim *Unabhängigen Institut für Umweltfragen e.V.* handelt es sich um gemeinnützige Vereinigungen. Die Verwaltung vertritt die Meinung, dass hier ein Mehrwert für die Stadt entsteht. Mit dem Änderungsantrag soll erreicht werden, diese Mitgliedschaften nicht zu kündigen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, bezog sich auf die Mittelreduzierung für die *Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland*.

Im Zuge des Verfahrens soll die Verwaltung nicht bereits Tatsachen schaffen, sondern zunächst einen Vorschlag unterbreiten, auf welche Höhe der Beitrag zu reduzieren ist.

Aus seiner Sicht handelt es sich hierbei um einen hochsensiblen Bereich und er begrüßte es, dass es keine Kündigung ist, sondern „nur“ eine Reduzierung. Diese Thematik müsse noch einmal im Hauptausschuss bzw. Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung behandelt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass dies für alle Initiativen vorgesehen ist.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erachte es aus seiner Sicht nicht für sinnvoll, die Mitgliedschaften aufgrund der Haushaltslage der Stadt zu kündigen. Er erinnerte an einen beschlossenen Antrag der vergangenen Wahlperiode, wonach sich die Stadt Halle als Modellstadt für Klimaschutz und erneuerbare Energien erklärte. Dem Image der Stadt würde es zudem deutlich schaden, wenn das Zeichen gesetzt werde, dass das Thema Klimaschutz und Klimawandel nicht wichtig wäre.

Herr Wehrich bat darum, den Antrag nicht so zu beschließen. Er informierte weiterhin, dass

das *Unabhängige Institut für Umweltfragen e.V.* mit der finanziellen Unterstützung Veranstaltungen organisiert, welche ohne die Zuschüsse nicht stattfinden könnten.

Er erinnerte an die Veranstaltungsreihe zum Thema Klimaschutz in den vergangenen Jahren, welche mit der Unterstützung der Stadt durchgeführt werden konnte.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, bat um Darstellung der zukünftigen Entwicklung. Zwar hat die Verwaltung darauf hingewiesen, dass zukünftig stärker mitgearbeitet werden soll, dennoch bedarf es eines Ziels, das man als Stadtverwaltung verfolgt.

Herr Krause, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung des Antrages. Bevor ein Beschluss gefasst werde, sollte die Beitragshöhe geklärt sein.

Als Beispiel führte er die Mitgliedschaft *German Industry & Commerce (Taicang) Co.Shanghai* an. Die Stadt Halle hat hier die Möglichkeit, in einer Bürogemeinschaft zu sein, welches unter anderen Umständen nicht zu verwirklichen wäre. Über die Wirkung der Kündigung sollte auch in diesem Falle nachgedacht werden.

Sollte der Vertagung zugestimmt werden, bat er Herrn Beigeordneten Neumann, diese Auswirkungen den Stadträten im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung zu erläutern.

Herr Wehrich sagte, dass dies mehrfach diskutiert worden sei. Insbesondere zu der von Herrn Krause aufgeführten Mitgliedschaft sei der Stand, dass sich die Stadt daran nicht mehr beteiligen möchte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages der SPD-Fraktion auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis:

vertagt
7 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte, ob das nun damit in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung verwiesen sei, so wie es Herr Krause ausgeführt hat.

Die Mitglieder des Hauptausschusses verständigten sich über die weitere Verfahrensweise.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass es vertagt sei und sowohl im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten als auch im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung noch einmal behandelt wird.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, bat darum, dass in den Ausschüssen inhaltliche Aussagen zu den Vereinen getroffen werden. Weiterhin bat er um die entsprechende Darstellung der Vor- und Nachteile für die Stadt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sicherte zu, dass hierzu eine komplette Aufbereitung für die Ausschüsse erfolgen werde.

zu 6.3.2 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-

Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle (V/2013/11533)
Vorlage: V/2013/11661

Abstimmungsergebnis: **vertagt**
durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion

Beschlussvorschlag:

Die Punkte „Kündigung der Mitgliedschaft im Klima-Bündnis“ und „Kündigung der Mitgliedschaft in der Landesvereinigung für Gesundheit“ werden gestrichen.

zu 6.3.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle [V/2013/11533]
Vorlage: V/2013/11600

Abstimmungsergebnis: **vertagt**
durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Der Stadtrat beschließt die Kündigung / die Reduzierung der Beitragshöhe folgender Mitgliedschaften zum nächstmöglichen Zeitpunkt:

Kündigung:

- *Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V. (1.300,00 €)*
- *Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V. (1.025,00 €)*
- *German Industry & Commerce (Taicang) Co.Shanghai (15.192,00 €)*
- ***UfU – Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V. (5.000,00 €)***

Reduzierung Beitragshöhe:

- *Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland (~~erhebliche Beitragsreduzierung~~ **auf max. 5.000,00 € p.a.**)*
- ~~*UfU – Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V. (1.000,00 € statt 5.000,00 €)*~~

zu 6.3 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle
Vorlage: V/2013/11533

Abstimmungsergebnis: **vertagt**
durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Kündigung / die Reduzierung der Beitragshöhe folgender Mitgliedschaften zum nächstmöglichen Zeitpunkt:

Kündigung:

- *Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V. (1.300,00 €)*
- *Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V. (1.025,00 €)*
- *German Industry & Commerce (Taicang) Co.Shanghai (15.192,00 €)*

Reduzierung Beitragshöhe:

- *Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland (erhebliche Beitragsreduzierung)*
- *UfU – Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V. (1.000,00 € statt 5.000,00 €)*

**zu 6.5 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10844**

Herr Krause, SPD-Fraktion, teilte mit, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen diesem Antrag bereits Rechnung getragen sei.

Rein verfahrenstechnisch muss er nochmals abgestimmt werden, da in Finanzausschuss nur die finanziellen Auswirkungen geklärt wurden.

Der ursprüngliche Antrag ist reduziert wurden auf 226.000 EUR und damit 100 Ersatzpflanzungen. Die anderen Punkte waren für den Finanzausschuss nicht relevant, so dass auf Grund der Wichtigkeit die Verwaltung entsprechend handeln kann und in dem Zusammenhang eine Konzeption erarbeitet wird.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stellte den Geschäftsordnungsantrag den Antrag als erledigt zu erklären.

Die Aussagen von Herrn Krause seien richtig. Seiner Erinnerung nach wurde der Antrag zurückgezogen, da er in dieser Form nicht weiter diskutiert werden könne. Das, was hier beantragt ist, ist etwas anderes als das, was im Finanzausschuss zugestimmt wurde. Es erfolgten Reduzierungen, so dass er in dieser Form nicht zugestimmt werden könne.

In der Diskussion konnte festgestellt werden, dass die anderen Dinge, bspw. der Pflegeplan, nicht relevant seien. Im Rahmen der Neupflanzungen werde dies abgesichert. Insofern entfällt dies aus seiner Sicht, da sowohl die finanziellen Belange als auch die weiteren Forderungen des Antrages geklärt seien.

Herr Krause informierte, dass aus Sicht der SPD-Fraktion der Antrag nicht erledigt sei. Der Antrag stelle einen Rahmen für die Verwaltung dar. Ebenso habe die Rückkopplung in die Verwaltung gezeigt, dass der Wille des Stadtrates mit der Beschlussfassung eine Absicherung darstellt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Erledigung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
2 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, begründete die Ablehnung damit, dass dieser Antrag im

Hinblick auf die kommenden Haushaltsjahre die Stadt zu sehr festlegen würde.

Das Defizit in diesem Bereich hat eine Höhe von 20 Mio. EUR. Ein solcher Beschluss hat direkte Wirkung auf die kommenden Haushalte. Dies müsste zudem eine Prioritätensetzung für die nächsten Haushalte mit sich bringen. Dies sei aus Sicht seiner Fraktion nicht sinnvoll, zumal absehbar ist, welche Finanzsituation die Stadt Halle in den nächsten Jahren haben wird.

Das Anliegen selbst könne die CDU-Fraktion unterstützen, jedoch nicht den Beschluss.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, teilte mit, dass auch seine Fraktion das Anliegen der antragstellenden Fraktion unterstützen könne. Jedoch lässt sowohl Beschlusspunkt 1 als auch Beschlusspunkt 3 zu viele Unwägbarkeiten offen.

Beispielsweise seien die Kosten für die Erstellung eines Pflegeplanes nicht bekannt. Im laufenden Haushaltsjahr sind zwar die notwendigen Mittel eingestellt, aber für die kommenden Jahre wurden keine Gelder berücksichtigt. Entsprechend dem Antrag sei es jedoch verpflichtend, in voller Höhe die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Die Auswirkungen sind aber nicht bekannt, so dass eine Untersetzung nicht erfolgen könne.

Der Antrag ist damit, aus Sicht der Fraktion DIE LINKE nicht abstimmungsfähig.

Herr Krause erklärte, dass die Verwaltung mittel- und langfristig einen Pflegeplan aufstellen müsse. Insbesondere in Halle-Neustadt kommt die Verwaltung mit den Hybridpappeln in eine Gefahrensituation, da die Bäume aufgrund ihres Alters und der Größe umbrechen können.

Er fragte nach dem äußerlichen Erscheinungsbild von Halle-Neustadt, wenn keine Ersatzpflanzungen erfolgen.

Der Finanzausschuss habe die entsprechenden Mittel für Ersatzpflanzungen bereitgestellt. Der Antrag zielt darauf ab, dass die Verwaltung sich verpflichtet, Ersatzpflanzungen vorzunehmen. Es könnte in den jährlichen Haushaltsberatungen eine Deckung gesucht werden, um im Rahmen des Möglichen die Mittel zur Verfügung zu stellen. Sollte dies nicht erfolgen, würde die Lebensqualität in den entsprechenden Bereichen erheblich leiden.

Herr Wehrich sagte, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag inhaltlich vollkommen unterstützen. Mit Beschlussfassung des Antrages wird jedoch ein Vorgriff auf die Haushalte der kommenden Jahre getätigt, der aus seiner Sicht nicht zulässig ist.

Er fragte den Antragsteller, ob er dem zustimmen könne, diesen Antrag in die Haushaltsberatungen einzubringen, um so im Rahmen der Haushaltsberatungen so viel wie möglich davon umzusetzen.

Herr Krause bat die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung um Darstellung des zusätzlichen Aufwandes im Hinblick auf den Pflegeplan und der Beantwortung der Frage, ob hier zusätzliche Kosten entstehen, oder es sich um tatsächliche Kosten handelt.

Herr Wehrich möchte in diesem Zusammenhang eine Erklärung bezüglich des Pflegeplanes erhalten. Es sei unklar, ob es sich hier beispielsweise um die Finanzierung der notwendigen Pflegemaßnahmen handelt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand fragte, ob der Antrag geändert werde.

Herr Krause sagte zu, dass der Antrag geändert und im kommenden Monat erneut eingebracht werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages der SPD-Fraktion auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**
11 Ja-Stimmen
1 Nein-stimmen

**zu 6.5 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des
Baumbestandes in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10844**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**
durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion

Beschlussvorschlag:

1. *Die Stadtverwaltung stellt sicher, dass mittelfristig notwendige Baumfällungen durch Ersatzpflanzungen kompensiert werden. Die hierfür erforderlichen Mittel sind in den Haushaltsplanentwürfen der Stadtverwaltung ab dem Haushaltsjahr 2013 zu berücksichtigen.*
2. *Besonderes Augenmerk ist hierbei auf die Kompensation der Altbestände von Hybridpappeln durch die Pflanzung anderer Baumarten im Stadtteil Neustadt zu richten.*
3. *Die Stadtverwaltung stellt sicher, dass die finanzielle Ausstattung des Grünflächenamtes einen langfristigen Pflegeplan für den kommunalen Baumbestand einschließlich des Straßenbaumbestandes ermöglicht.*

**zu 6.6 Gemeinsamer Antrag der FDP-Stadtratsfraktion, der CDU-Stadtratsfraktion
und der SPD-Stadtratsfraktion zur Ausrichtung des Internationalen
Hansetages 2019
Vorlage: V/2013/11604**

Herr Kley, FDP-Fraktion, teilte mit, dass sich die Fraktion mit diesem Antrag auf einem Beschluss des Stadtrates aus dem Jahre 2009 beziehe. Damals wurde beschlossen, dass sich die Stadt für den Hansetag im Jahre 2017 bewerben werde. Diese Bewerbung war jedoch nicht erfolgreich.

Es besteht nun erneut die Möglichkeit, den Hansetag nach Halle zu holen. Hierzu müsste kurzfristig der von der Stadt Beauftragte, das Votum des Stadtrates erhalten, um sich für die Ausrichtung des Hansetages 2025 zu bewerben.

Nach einer Umfrage unter den Ausrichterstädten, die vielfach auch kleiner sind als die Stadt Halle, waren die Internationalen Hansetage stets sehr erfolgreich. Sowohl der Bekanntheitsgrad als auch die Umsätze konnten gesteigert werden. Zudem verbesserten sich die Beziehungen der Städte und Wirtschaftsunternehmen.

Eine Bewerbung betrachtet seine Fraktion als sehr positives Ereignis für die Stadt Halle. Der Antrag enthält nicht nur die Unterstützung der Bewerbung, sondern auch die Bitte, langfristig

eine Ansparung zu tätigen, um diesen Hansetag ausrichten zu können. Sollte eine Ansparung über fünf Jahre erfolgen, kann man mit Beträgen rechnen, die in den Haushaltsjahren darstellbar sind.

Er bat um Unterstützung und Zustimmung zum Antrag, um so auch zu zeigen, dass die ganze Stadt hinter diesem Antrag steht.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, bezog sich auf den Antrag der FDP-Fraktion zur Kleingartenkonzeption, wonach zusätzliche Mittel im freiwilligen Bereich ausgegeben werden. Dies widerspreche dem Ziel der Haushaltskonsolidierung.

Die geforderten 500.000 EUR im Antrag zum Hansetag seien nicht zu verachten. Nach den derzeit vorliegenden Bedingungen kann die Stadt es sich nicht leisten, eine zusätzliche Maßnahme im Rahmen der nächsten fünf bis zehn Jahre zu finanzieren.

In der Stadt seien ausreichend kulturelle Veranstaltungen, die über das Niveau des Hanse-tages hinausgehen. Diese werden durch die Bevölkerung und die umliegende Region genutzt, daher werde die Fraktion DIE LINKE dem Antrag der FDP-Fraktion nicht zustimmen.

Aus seiner Sicht sei es sinnvoller das Geld einzusparen und für die Bäume zu verwenden, damit würde für die Stadtentwicklung Nachhaltigkeit geschaffen werden.

Herr Krause, SPD-Fraktion, sagte, dass es nicht statthaft sei, einzelne Positionen im Haushalt gegeneinander auszuspielen.

Er wies darauf hin, dass dieser Antrag ähnlich wie der Antrag zu den Mitgliedschaften zu behandeln sei. Auch hier sollte in gewisser Weise eine Abwägung stattfinden.

Wenn man sich wirklich mit der Geschichte der Hanse auseinandersetzen würde und die heutigen internationalen Vernetzungen der Hansestädte berücksichtigt, ist es aus seiner Sicht ein Glücksfall, den Internationalen Hansetag im Jahr 2019 in Halle stattfinden zu lassen. Es handele sich hierbei auch um eine internationale Wirtschaftsförderung, die nicht zu unterschätzen sei.

Herr Krause ist der Ansicht, dass man nach Vorn blicken muss. Die Stadt müsse eine Balance zwischen dem zu investierenden Engagement und der Verhältnismäßigkeit zum Haushalt schaffen.

Aus diesem Grund ist der Antrag frühzeitig gestellt, da es allen bewusst sei, dass man diesen Betrag nicht binnen zwei Jahren aufbringen kann, sondern dies nur über mehrere Jahre hinweg möglich ist.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, informierte die Mitglieder des Hauptausschusses, dass der Rat der Stadt Lünen am 5. Juli 2012 beschlossen hat, von der Ausrichtung der Internationalen Hansetage 2019 zurückzutreten. Hintergrund der Entscheidung waren u. a. die zu erwartenden Kosten in Zeiten der Haushaltskonsolidierung. Die Stadt Lünen bleibt trotz der Absage des Internationalen Hanse-tages 2019 aktives Mitglied in der Hanse.

Grundsätzlich ist es notwendig, dass im Kulturbereich und im Bereich des Stadtmarketing finanzielle Mittel aufgebracht werden müssen, um Großveranstaltungen realisieren zu können.

Die Schwierigkeit bei diesem Antrag sieht er darin, dass die Antragsteller die Thematik im Hauptausschuss diskutieren wollen, bevor er im Stadtrat eingebracht wurde. Eine detaillierte Besprechung ist somit im Finanzausschuss nicht erfolgt.

Herr Wolter wolle vermeiden, ähnlich wie die Stadt Lünen nachträglich die Veranstaltung abzusagen, da die Finanzierung nicht gestemmt werden kann.

Die Antragsteller und Verantwortlichen müssen gemeinsam nach einer Lösung suchen und beispielsweise Mitgliedschaften dagegen aufwiegen. Man könne an bestimmte Bereiche rabiater herantreten, um so die erforderlichen 500.000 EUR zu erzielen. Zusätzlich können die 500.000 EUR im Haushalt nicht aufgebracht werden.

In den kommenden Jahren könnte die definierte und untersetzte Ansparidee umgesetzt werden, doch hierzu müssen entsprechende Diskussionen erfolgen.

Herr Wolter sagte, dass er grundsätzlich dieser Idee für die Großveranstaltung positiv gegenüber stehe, zumal sie Effekte für die Stadt erwirken. Eine Diskussion im Finanzausschuss sei jedoch unumgänglich.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte die Mitglieder des Hauptausschusses über die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag:

„Die Bewerbung um die Ausrichtung des Internationalen Hansetages ist für die Stadt Halle (Saale) eine neue freiwillige Aufgabe.

Angesichts der Haushaltslage der Stadt Halle (Saale) ist eine Beteiligung an einer finanziell so aufwendigen Veranstaltung nicht möglich. So verursachte der Hansetag im Jahr 2008 in Salzwedel Kosten in Höhe von mehr als 1.000.000 EUR, die Stadt Lübeck rechnet für 2014 mit Kosten in Höhe von 1.600.000 EUR.

Ein sogenanntes „Ansparen“ bei einem in den Vorjahren angehäuften Schuldenstand in Höhe von 240.000.000 EUR ist nicht möglich.

Vielmehr wird es in Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt oberstes Ziel der Verwaltung sein, den städtischen Haushalt in den nächsten Jahren zu konsolidieren und zum Beispiel den freien Trägern und Vereinen eine gesicherte Planungsgrundlage auf der Basis der in diesem Haushalt 2013 bereitgestellten Mittel zu sichern.“

Die Verwaltung lehnt damit im vollen Umfang diesen Antrag ab.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, teilte mit, dass auch er über die bedeutend höheren Kosten der Städte Gardelegen und Lübeck hinweisen wollte. Aus seiner Sicht ist damit die Summe von 500.000 EUR nicht haltbar. Weiterhin sei die Finanzierung durch Ansparen unredlich, da die mittelfristige Finanzplanung ein Defizit für die kommenden Jahre vorsieht. Aus diesem Grund sei es nicht möglich, einen Betrag für den Internationalen Hansetag zurückzulegen.

Weiterhin merkte **Herr Wehrich** an, dass es nicht nachvollziehbar sei, den Beitrag für die Mitgliedschaft im *Klima Bündnis* in Höhe von 1.000 EUR einsparen zu müssen, im Gegensatz dazu werden jährlich 200.000 EUR über fünf Jahre für den Internationalen Hansetag angespart.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde den Antrag ablehnen.

Herr Kley sagte, dass die Antragsteller davon ausgingen, dass für 500.000 EUR öffentliche Mittel zu bewältigen wären, dies bestätigte sich auch in den Rücksprachen mit anderen Kommunen.

Der Antrag wurde gestellt, weil der Hansetag nicht ein kulturelles Ereignis ist, sondern weil sich die Stadt Halle international darstellen kann. Zudem könnte es gelingen, Investoren auf

die Stadt aufmerksam zu machen. Weiterhin werde der Tourismus der Stadt aufleben, da der Bekanntheitsgrad gesteigert wird.

Die Stadtmarketing GmbH soll zukünftig auf Tourismusförderung umgestellt werden. In diesem Zusammenhang, wird nicht einmalig investiert. Es handelt sich hierbei um eine Investition in die Zukunft aus einer Pflichtaufgabe der Stadt.

Man könne sich nicht ständig über fehlende Gelder vom Land beschweren und selbst nichts für die Wirtschaftsförderung unternehmen. Die Stadt hat verheerende Steuereinnahmen. Es fehlen Einnahmen aus dem Gastronomiebereich, ebenso siedeln sich kaum Unternehmen an, so dass auch hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer gering sind.

Mit dem Internationalen Hansetag würden 200 Kommunen auf die Stadt aufmerksam gemacht. **Herr Kley** kann die Diskussion bezüglich der erforderlichen Gelder nicht nachvollziehen. Es müsse investiert werden, um das Interesse auf die Stadt zu lenken, doch offensichtlich bestehe hierzu keine Bereitschaft.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, äußerte, dass er bislang keine echten Argumente gegen den Internationalen Hansetag vernommen habe.

Die Argumentation, dass es sich hierbei um eine neue freiwillige Aufgabe handele, könne er nicht akzeptieren. Auch der Klimaschutz stellt eine freiwillige Aufgabe dar. Es liegen keine Verpflichtungen vor, dennoch wolle man sich daran beteiligen.

Herr Bönisch erinnerte an das „Theater der Welt“. Auch hier gab es Befürworter und welche, die sich dagegen aussprachen. Man konnte jedoch Sponsoren finden, die es ermöglichten. Seiner Meinung nach, sei es möglich, auch für den Hansetag entsprechende Sponsoren zu finden.

Die Frage nach der erforderlichen Höhe der Mittel ist abhängig vom Umfang der Vorstellung zu dieser Veranstaltung. Der Antrag beinhaltet eine faire Angabe der Kosten, man muss nur den Willen aufbringen, diese erheblichen Kosten auch aufbringen zu wollen.

Die CDU-Fraktion steht der Finanzierung positiv gegenüber.

Herr Dr. Meerheim merkte an, dass die antragstellenden Fraktionen in der Vergangenheit einen Grundsatzbeschluss zum Sparberater gefasst haben. Der Beschlusspunkt 4 gibt das entsprechende Verhalten des Oberbürgermeisters, in Bezug auf Beschlüsse, die sich gegen die Haushaltskonsolidierung richten, vor.

Er bat in diesem Zusammenhang den Oberbürgermeister, sich entsprechend dem gefassten Grundsatzbeschluss zu verhalten.

Herr Wolter reagierte auf die Anmerkungen von Herrn Bönisch. Zu dieser Thematik gebe es unterschiedliche Wortmeldungen. Zum einem könne man dies als Höhepunkt kultureller Art bezeichnen, man könne es aber auch im Marketingbereich bzw. im internationalen Tourismusgeschäft ansiedeln. Diese Veranstaltung verknüpfe so unterschiedliche Bereiche.

Seiner Meinung nach müssen die Antragsteller die Finanzierung der Bewerbung auch absichern. Doch dies sei nicht möglich.

Als Beispiel führte er auf, dass es großartig wäre, an der „Spitze“ einen Badesee zu haben. Selbst wenn alle dem folgen, müssen die Folge- und Bewirtschaftungskosten offen gelegt werden.

Derzeit sei die Höhe der Kosten für den Internationalen Hansetag aus seiner Sicht unbekannt, so dass die Forderung an den Oberbürgermeister zur Benennung eines Vertreters für diese kurzsichtige Form der Bewerbung nicht getragen werden kann.

Herr Kley sagte, dass es für das Jahr 2017 einen Stadtratsbeschluss gibt, welcher 2009 mehrheitlich gefasst wurde. Er sei verwundert darüber, dass es nunmehr unterschiedliche Meinungen zu dieser Veranstaltung gebe.

Herr Wolter verdeutlichte erneut, dass im gemeinsamen Interesse die Finanzierung abzusichern sei. Es müsse gemeinsam über einen möglichen Weg gesprochen werden. Das von Herrn Bönisch angesprochene Sponsoring sei ein guter Vorschlag, denn die wirtschaftlichen Auswirkungen sind nicht unbeachtlich, wie auch die zu erwartenden Einnahmen.

Er wolle es vermeiden, wie die Stadt Lünen, im Nachgang einen Beschluss zu fassen, welcher aufgrund der nicht vorhandenen finanziellen Mittel eine Absage der Veranstaltung vorsieht, da dies eine öffentliche Schädigung der Stadt Halle darstellt.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung des Antrages.

**zu 6.6 Gemeinsamer Antrag der FDP-Stadtratsfraktion, der CDU-Stadtratsfraktion
 und der SPD-Stadtratsfraktion zur Ausrichtung des Internationalen
 Hansetages 2019
 Vorlage: V/2013/11604**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

6 Ja-Stimmen

5 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich auf dem Internationalen Hansetag 2013 in Herford um die Ausrichtung des Internationalen Hansetages 2019 zu bewerben.

Die Mittel zur Ausrichtung des Hansetages in Höhe von ca. 500.000 € sind in den HH-Jahren 2015 bis 2019 anzusparen.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

Mitteilung der BMA

Herr Heine, Vertreter der BMA, informierte darüber, dass ein Antrag vorliege zu prüfen, welche Umstrukturierungsvoraussetzungen beim Stadtmarketing gegeben seien.

Parallel dazu gäbe es eine ganze Reihe von anderen Anträgen, die eigentlich in die gleiche Richtung gehen und die gleichen Informationen zur Grundlage haben. Er erinnerte dabei an den Antrag zur Entsendung mehrerer Vertreter in die Gesellschafterversammlungen der Unternehmen.

Desweiteren habe die BMA schon in vier Fraktionen die Grundzüge der Steuerung städtischer Beteiligung vorgestellt.

Und all dies spiele hier letztlich zusammen, wie die Einflussnahme des Stadtrates zukünftig auf die Beschlussfassung, beispielsweise in Gesellschafterversammlungen, ausgestaltet werden soll.

Herr Heine berichtete weiter, dass der Finanzausschuss den Antrag zur Entsendung mehrerer Vertreter in die Gesellschafterversammlungen für Juni vertagt habe, weil unter anderem im Finanzausschuss eine ganze Reihe verschiedener Ausgestaltungsmöglichkeiten schon diskutiert worden sind.

Aus diesem Grund machte er den Vorschlag, die Anträge miteinander zu verknüpfen und die Ergebnisse zum Antrag zur Entsendung mehrerer Vertreter in die Gesellschafterversammlungen mit den Überlegungen zur Umstrukturierung des Stadtmarketing parallel laufen zu lassen.

Somit könne aber im April noch kein abschließendes Prüfungsergebnis zu dieser Thematik vorgelegt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies darauf, dass die von Herrn Heine ausgeführte Problematik zur Diskussion stehe, weil mehrere Teilbereiche aus allen Anträgen zusammengeführt werden sollen. Er schlug vor, beim Tagesordnungspunkt Anfragen noch einmal darüber zu diskutieren.

Herr Kley, FDP-Fraktion, äußerte sich dahingehend, dass es sich beim Antrag zum Stadtmarketing um eine andere Problematik handelte, als der Antrag zu Gesellschafterversammlungen.

Das Stadtmarketing habe noch andere Gesellschafter, ist damit ganz anders gelagert und die Thematik der Inhouse-Vergabe spiele dort noch eine Rolle. Das heißt, es sind dort Themen, die gelöst werden müssen, die nichts mit dem anderen Antrag zu tun haben.

Er sehe keine direkte Verknüpfungsnotwendigkeit. Das Stadtmarketing hat noch andere Fragen zu klären, deswegen könne man das auch unabhängig voneinander beraten.

Herr Heine zitierte aus dem Antrag, in welchem gesagt wurde *„Möglichkeiten einer notwendigen Umstrukturierung des Unternehmens durch die Stadtverwaltung prüfen zu lassen, um eine stärkere Einbeziehung des Stadtrates bei anstehenden Entscheidungen in der Gesellschafterversammlung zu ermöglichen“*.

Genau das sei auch die Intention des Antrages zur Entsendung mehrerer Vertreter in die Gesellschafterversammlungen, dort die Einflussnahmemöglichkeiten, die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Beschlüsse zu erhöhen und zu verändern.

Herr Heine führte weiterhin aus, dass es auch eine ganz andere Herangehensweise geben würde, wenn man dem Antrag wortwörtlich folge und er zitierte den Beschlusstext „*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Umstrukturierung der Stadtmarketing Halle GmbH unter Berücksichtigung rechtlicher und steuerlicher Aspekte zu prüfen, mit dem Ziel, einen angemessenen kommunalen Einfluss der Stadt Halle auf die Steuerung der Gesellschaft zu gewährleisten*“.

Dieser angemessene kommunale Einfluss, sei schon mit der Anzeige der Gründung der Gesellschaft gegenüber der Kommunalaufsicht angezeigt und von der Kommunalaufsicht mit dem positiven Votum bestätigt worden, dass in der jetzigen gesellschaftsrechtlichen Konstellation der angemessene kommunale Einfluss gewährleistet ist.

Das Problem der letzten Monate war, dass mit dem Kodex in Zukunft geregelt werden sollte, wie das Zusammenspiel zwischen Stadtrat, Gesellschafterversammlung und Oberbürgermeister in der Verteilung der Kompetenzen, vorherigen Beschlüssen usw. geregelt werden soll. Also das Problem beim Stadtmarketing lag eher daran, wie die interne Abstimmung zwischen Stadtrat, Gesellschaftervertreter usw. gelaufen ist.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stimmte den Ausführungen von Herrn Kley zu und führte auch dazu aus, dass das eine mit dem anderen nichts zu tun hätte.

Bei den normalen städtischen Unternehmen gehe es tatsächlich um Transparenz, das war jedenfalls das, was von den Antragstellern bei diesen Beteiligungen an den Gesellschafterversammlungen hervorgehoben wurde.

Aber beim Stadtmarketing ginge es um ganz andere Dinge, nämlich um die Veränderung der Gesellschafterstruktur. Das war ja das, was von den Stadträten auch angemahnt und was eigentlich von der Verwaltung auch zugesagt wurde, dass Veränderungen notwendig sind, weil die anderen Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung mitreden, aber keine Beiträge an das Stadtmarketing entrichten.

Und es war die Zielrichtung an die Stadtverwaltung und wurde auch zugesagt, dass man mit den anderen Gesellschaftern redet, und hier eben eine Veränderung herbeiführt. Entweder mit einer angemessenen finanziellen Beteiligung am Stadtmarketing oder eben mit dem Ausscheiden aus der Gesellschaft.

Herr Wehrich merkte weiterhin an, dass die Fragestellungen vollkommen unterschiedlich seien und im Zusammenhang mit dem Stadtmarketing die Stadtverwaltung mit einer Prüfung beauftragt worden sei, wie die Gesellschafterstruktur verändert werden kann. Und das könne man vollkommen unabhängig vom Kontext usw. regeln.

In Bezug auf die Behandlung der Anträge in einem Kontext fragte **Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, an, was jetzt eigentlich zu behandeln wäre. Es gäbe doch einen beschlossenen Antrag und die Stadtverwaltung habe zu prüfen und etwas vorzulegen. Insofern sei nichts mehr zu behandeln, sondern die Verwaltung müsse einen Vorschlag oder Alternativen vorbringen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stellte noch einmal klar, dass das Thema im Hauptausschuss ausdiskutiert werden sollte. Und wenn die Stadträte der gleichen Auffassung sind, wie Herr Kley das dargestellt hat, werden die Anträge von der Verwaltung selbstverständlich nacheinander abgearbeitet. Das Ansinnen der Verwaltung war, die Bereiche, die unmittelbar etwas miteinander zu tun haben, gemeinsam zu behandeln.

Herr Krause, SPD-Fraktion, führte aus, dass die Verfahrensweisen, die eher suboptimal in der Vergangenheit waren, der Anlass des Antrages gewesen seien.

Man könne jetzt nicht die Verfahrensweisen diskutieren, sondern man solle sich mit der Intention des Antrages beschäftigen. Die Verwaltung müsse mehrere Varianten von

Rechtsformen vorlegen, die sozusagen am optimalsten wären, unter Berücksichtigung der sensiblen Tatsache, dass sich bisher auch schon Mitgesellschafter engagiert haben.

Herr Krause bat um die Vorlage einer klaren Struktur als Diskussionsgrundlage zur Entscheidungsfindung.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, unterstützte, dass zunächst eine generelle Klarheit geschaffen wird und dann die Besonderheiten diskutiert werden.

Wenn, wie im Fall der Stadtmarketing GmbH, zuerst die Besonderheit geklärt werden soll und dann rückwirkend ein genereller Konsens herbeigeführt wird, wäre dies nicht sinnvoll.

Aus seiner Sicht könne man darüber diskutieren, dass man die generelle Verabredung erst in zwei Monaten vorlegt und diese dann auf die Besonderheiten herunter bricht.

Damit hätte die BMA und die Verwaltung eine klare Zielstellung hat für die Behandlung des Stadtmarketing.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte noch einmal deutlich, dass es aus seiner Sicht wichtig wäre, im Hinblick auf die Weisung an den Oberbürgermeister in wichtigen Angelegenheiten in den Gesellschaften nicht unterschiedlich zu verfahren. Er verwies auf die bereits diskutierten „Grundsätze guter Unternehmensführung“.

Als Beispiel führte er an, dass er die Weisung einholen könne im Hinblick auf die Bestellung des Geschäftsführers im Stadtmarketing.

Mitteilung des Oberbürgermeisters zu Fraktionsvorsitzendenrunden

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies darauf hin, dass zukünftig die gesamten Diskussionen in den Hauptausschuss hineingebracht werden.

In der Vergangenheit wurden die Fraktionsvorsitzendenrunden von einigen Stadträten kritisiert. Aus diesem Grund erachte er den Hauptausschuss als das richtige Gremium, um zu diskutieren.

Herr Krause, SPD-Fraktion, merkte an, dass er es für wichtig erachte, bestimmte Themen vorab mit den Fraktionsvorsitzenden zu besprechen, jedoch nicht, um ein regelmäßig stattfindendes Gremium zu ersetzen.

Mitteilung des Bürgermeisters zur Sondersitzung des Finanzausschusses

Herr Bürgermeister Geier informierte, dass am 7. Mai 2013 eine Sondersitzung des Finanzausschusses stattfinden werde.

Zu dieser Beratung werden parallel alle Stadträte eingeladen. Diese Sondersitzung erklärt die Eröffnungsbilanz der Stadt Halle sowie deren umfassende Herleitungen.

Mitteilung zur Beschlussfassung Entschädigungssatzung

Herr Paulsen, Grundsatzreferent, teilte mit, dass das Landesverwaltungsamt den im Jahr 2012 gefassten Beschluss zur Entschädigungssatzung beanstandet hat.

Anfang des Jahres 2013 hat die Verwaltung eine Stellungnahme mit den entsprechenden Begründungen für die Anpassungen der Sitzungsgelder an die Kommunalaufsicht geschickt. In der vergangenen Woche gab das Landesverwaltungsamt die Rückmeldung, dass die bisherige Auffassung zu der Erhöhung weiterhin bestehe. Zurzeit werde man jedoch nicht gegen den Beschluss vorgehen, da das Land neue Regelungen schaffen wolle. Das Landesverwaltungsamt behalte sich aber vor, eine Aufforderung an die Stadt zu richten, um entsprechende Rückforderungen gegenüber den Stadträtinnen und Stadträten geltend zu machen.

Herr Paulsen sicherte den Mitgliedern des Hauptausschusses zu, dass kommenden Freitag alle Fraktionen die entsprechenden Unterlagen erhalten werden.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Anfrage Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE, zum Kriterienkatalog Kita-Zuschussfinanzierung

Frau Nagel sagte, dass in der Stadtratssitzung im Januar 2013 über die freien Träger und Kindertagesstätten diskutiert wurde sowie über die bis zu 5 % Eigenbeteiligung der Freien Träger.

Die Verwaltung informierte dazu, dass eine Wirtschaftlichkeitsdarstellung für die freien Träger vorgelegt werde, um so darzustellen, ob der Eigenanteil erbracht werden kann.

Frau Nagel fragte die Verwaltung, inwieweit an der Wirtschaftlichkeitsdarstellung gearbeitet werde bzw. wann mit der Vorlage dieser Darstellung zu rechnen ist.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sagte, dass das KiföG sich verändert habe. Bisher waren die 5 % Eigenbeteiligung auf alle Kosten verteilt. Sowohl Halle als auch Magdeburg haben sich hier nur auf die Sachkosten bezogen.

Das veränderte KiföG hat sich der Meinung der beiden Städte angeschlossen und damit die 5 % nur auf den Bereich der Sachkosten bezogen.

Herr Beigeordneter Kogge informierte weiter, dass das Gesetz vorsieht, dass die Verwaltung den Träger nach den Gründen befragt, weshalb dieser die Eigenmittel nicht aufbringen kann.

Die freien Träger weisen zum Teil diese Gründe in einer sehr hohen Qualität nach, manchmal müsse die Verwaltung jedoch auch Nachfragen stellen. Dies sei jedoch ein normaler Vorgang, der in den letzten Jahren in der Verwaltung bereits durchgeführt wurde.

Frau Nagel informierte, dass in der Stadtratssitzung darüber eine Diskussion geführt wurde und die Stadtverwaltung erklärte, dass sie hierzu einen Katalog vorlegen wird, der es den freien Trägern ermöglicht, ihre Wirtschaftlichkeit darzustellen.

Sie fragte, ob dieser Katalog von der Stadt Halle vorgelegt wird, um die Wirtschaftlichkeit der freien Träger vergleichbar darstellen zu können.

Herr Beigeordneter Kogge äußerte, dass die Kriterien derzeit erstellt werden. Den aktuellen Stand kann er jedoch nicht mitteilen, dies könne er aber schriftlich beantworten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, zum Gerichtsurteil zu den Müllgebühren

Herr Dr. Meerheim fragte an, wie die Stadtverwaltung bezüglich des Gerichtsurteils zu den Müllgebühren gedenkt umzugehen und ob eine Beschwerde beim Bund eingelegt wird, da es seines Wissens auch andere Gerichtsurteile gibt, die eine degressive Gestaltung der Müllgebühren durchaus befürworten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass die Beantwortung im nicht öffentlichen Teil erfolgen wird. Es sind hier auch die Rechte der Kläger betroffen, so dass die entsprechende Information später erfolgen wird.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, entgegnete dem Oberbürgermeister, dass die Gerichtsverhandlung aber öffentlich stattgefunden habe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass individuelle Interessen von Einzelpersonen betroffen sind. In dem Fall hat nicht die Mehrheit geklagt, sondern Einzelpersonen und deren Rechte sind entsprechend zu schützen. Im Rahmen der Gemeindeordnung spielt es im Hinblick auf die Abgrenzung der Öffentlichkeit oder Nicht Öffentlichkeit keine Rolle, ob es eine öffentliche Gerichtsverhandlung war.

Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zur Nebentätigkeitsabforderung der Stadtverwaltung

Herr Krause fragte, ob die Verwaltung die Nachweise über die erhaltene Aufwandsentschädigung wieder monatlich ausweisen könne.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Daraufhin bat **Herr Krause** um eine unbürokratische Verfahrensweise. Die Fraktionen sollen abgefragt und dann entsprechend die monatlichen Nachweise zugestellt werden.

Weiterhin fragte **Herr Krause**, ob es der Wahrheit entspricht, dass die Mitarbeiter der Stadtverwaltung über das Intranet nach ausgeübten Nebentätigkeiten und Ehrenämtern befragt werden. Eine solche Praxis halte er datenschutzrechtlich für sehr bedenklich.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte den Bedenken von Herrn Krause zu.

Herr Bürgermeister Geier stellte klar, dass es bei dieser Abfrage nicht darum ginge herauszufinden, was die Mitarbeiter in ihrer Freizeit machen, sondern in seiner Funktion als Beschäftigter der Stadt macht.

Entsprechend der Nebentätigkeitsverordnung gibt es verschiedene Wertgrenzen und Abführungspflichten. Normalerweise betrifft dies insbesondere die Beigeordnetenebene, wenn diese beispielsweise in Aufsichtsräten tätig sind. Vereinzelt betrifft dies aber auch Mitarbeiter.

Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zu Vermessungen an der Eissporthalle

Herr Krause informierte, dass derzeit im Bereich der Eissporthalle Vermessungen durchgeführt werden. Er fragte, ob der Verwaltung diesbezüglich Informationen vorliegen, dass bereits Tatsachen in Bezug auf die Grundstücke oder Gebäude geschaffen werden. Er wies auf den gestellten Antrag zur Eissporthalle hin, welcher einen detaillierten Bericht zur Situation fordere.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass die Verwaltung die Anfrage in den geforderten Bericht einfließen lasse.

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zum Stellenplan

Herr Bönisch sagte, dass in der gestrigen Finanzausschusssitzung deutlich wurde, dass der Stellenplan bzw. der Haushaltsplan, welcher nunmehr in geänderter Form im Internet veröffentlicht wurde, auch in dieser Form dem Landesverwaltungsamt überreicht wurde.

Hier liegen jedoch Unterschiede zu dem vor, was im Stadtrat beschlossen worden ist.

Herr Bönisch fragte nach dem Grund der Unterschiede und bat um deren genaue Angabe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte deutlich, dass keine Unterschiede vorliegen und bat Herrn Bürgermeister Geier um eine Darstellung.

Herr Bürgermeister Geier informierte zunächst, dass die folgenden Informationen nachträglich per E-Mail zugestellt werden.

Bezüglich der Frage zu der Anzahl der Stellen erklärte **Herr Bürgermeister Geier**, dass der Beschluss 17 Stellen beinhaltete. Vier der 17 Stellen waren die Betriebswirte. Folglich geht es im Weiteren um 13 Stellen. Bei diesen 13 Stellen wurden aufgrund der Beschlusslage dieser Einzelbeschlüsse vier alte Stellen wieder eingeführt.

Gedanklich muss man diese vier Stellen in ihrer Wirkung abziehen, somit liegen noch neun Stellen vor.

Von diesen neun Stellen sind dann aufgrund dieser Einzelabstimmungen insgesamt fünf Stellen in den Transferpool übergegangen, da diese Stelleninhaber nach wie vor ihr öffentlich rechtliches Beamtenverhältnis bei der Stadt haben bzw. ihren unbefristeten Arbeitsvertrag. Das bedeutet, dass diese Stellen durch die Streichung nicht wegfallen.

Momentan gibt es hierfür auch keinen Ansatzpunkt, aufgrund des Vorganges eine Kündigung den Personen gegenüber auszusprechen. Das Beamtenrecht bricht hier das Haushaltsrecht.

Wenn nunmehr die fünf Stellen abgezogen werden, liegen noch vier vor. Bei zwei Stellen sah die Beschlussfassung eine Umbenennung vor, diese wurde abgelehnt. Damit sind nunmehr die alten Bezeichnungen wieder eingeführt. Dies waren die Beschlusspunkte 13 und 14.

Die Bezeichnung Leiter Dienstleistungszentrum wurde abgelehnt. Es wurde in der entsprechenden Umsetzung wieder die alte Bezeichnung weitergeführt. In diesem Fall ist die Stelle mit einer Person besetzt, die einen unbefristeten Arbeitsvertrag hat, so dass letztendlich zwei Stellen gestrichen sind. Dies war im Fall der Stelle Soziale Nachhaltigkeit und Leiter Dienstleistungszentrum Klimaschutz.

Eine weitere Stelle wird gestrichen, wenn der derzeitige Stelleninhaber ausscheidet. Dies ist eine Person aus dem Baubereich. Der entsprechende kw-Vermerk ist entsprechend auf 2016 gesetzt.

Von der Streichung der 17 Stellen sind drei davon effektiv. Zwei sind bereits gestrichen und die dritte ab 2016. Dies führt dann dazu, dass diese große Differenz von 17 Stellen aus dem Antrag zu drei Tatsächlichen entsteht. Diese Änderungen wurden entsprechend in den Stellenplan aufgenommen und so dem Landesverwaltungsamt zugeleitet.

Herr Bönisch hinterfragte, ob die Verwaltung tatsächlich der Meinung sei, dass der Beschluss neue Stellen im Transferpersonal vorsieht. Er verdeutlichte, dass der gefasste Beschluss dies nicht beinhaltet, sondern es sollten Stellen gestrichen werden.

Offenbar hat die Verwaltung die Auffassung, die von der Streichung betroffenen Stellen in das Transferpersonal umzusetzen. Auch das stellt einen Bestandteil des Haushaltsplanes dar und war nicht Beschlusslage.

Herr Bürgermeister Geier entgegnete, dass man sich thematisch jedoch im Arbeits- und Tarifrecht befinde.

Herr Bönisch sagte, dass es in der Stadtverwaltung freie Stelle gibt, auf die man das Personal hätte setzen können.

Er hat die Meinung der Verwaltung erhalten. Es muss nun das entsprechende Verfahren beginnen. Früher oder später wird ein Schiedsgericht darüber befinden. Ohne weiteres werde der enorme Kostenaufwuchs nicht akzeptiert.

Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Änderung KiföG

Herr Wehrich teilte mit, dass das aktuelle KiföG zum 1. August 2013 in Kraft trete. In diesem Zusammenhang fragte er, ob die Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung schon vorbereitet sei und wann mit einer entsprechenden Beschlussvorlage zu rechnen ist

Herr Kogge, Beigeordneter Bildung und Soziales, sagte, dass bereits eine Arbeitsgruppe gebildet sei. Eine veränderte Satzung und Gebührenordnung werde kurzfristig in den Rat gebracht. Er fügte hinzu, dass das Land an verschiedenen Stellen noch einige Informationen, z. B. über Fachstandards, geben müsse.

Die Träger werden jedoch in die Lage versetzt, ihre Gebühren bzw. Bescheide entsprechend auszustellen, aufgrund einer rechtsgültigen Satzung.

Mit den Trägern mussten intensive Gespräche zu den Erwartungen geführt werden. Es wurden Befragungen an der Elternschaft bezüglich der Betreuungsdauer geführt, der Personalbedarf musste in diesem Zusammenhang geprüft werden.

Herr Beigeordneter Kogge sagte zu, im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss sowie im Jugendhilfeausschuss mehr Informationen dazu zu geben. Die Satzung selbst wird rechtzeitig im Juni im Stadtrat und vorher in den entsprechenden Ausschüssen eingebracht.

Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Bibliotheksentwicklungsplan

Herr Wehrich informierte, dass der Bibliotheksentwicklungsplan im I. Quartal 2013 fertiggestellt sein sollte. Er fragte nach dem aktuellen Stand.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zu den Museumsstellen

Herr Bönisch fragte nach einem Lösungsvorschlag für die heftig umstrittene Problematik Museum.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass Herr Bürgermeister Geier dazu Lösungsvorschläge erarbeitet hat.

Herr Bürgermeister Geier informierte, dass im Zuge des Nachtragshaushaltes die entsprechende Kuratorenstelle wieder geschaffen wird. Aus seiner Sicht sei dies die klarste Lösung und für die Stelle selbst das beste und verbindlichste Verfahren.

Entsprechend der Zeitkette für den Nachtragshaushalt wird jedoch deutlich, dass dies nicht rechtzeitig bis zum 30.09. umsetzbar ist, da bis dahin nicht der Beschluss und die Bestätigung durch das Landesverwaltungsamt vorliegen kann.

Herr Bürgermeister Geier schlägt daher vor, für den Überbrückungszeitraum auf eine derzeit unbesetzte Stelle eines Museumspädagogen zurückzugreifen. Mit Beschluss sind dafür zwei Stellen vorgesehen. Bis zur Klarstellung der Kuratorenstelle im Nachtragshaushalt würde die Kuratorin demnach auf dem „Ticket“ der Museumspädagogenstelle laufen. Aus

seiner Sicht wäre dies im Sinne der Situation im Stadtmuseum, als auch im Sinne der Zielstellung der Stadträte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand geht davon aus, dass die Verwaltung so verfahren könne, sofern hierzu das Einverständnis der Räte vorliegt.

Herr Bönisch fragte nach den Nebenwirkungen der vorgeschlagenen Lösung.

Weiterhin legte er dar, dass im aktuellen Stellenplan die Kuratorenstelle unbesetzt sei, dies kann er jedoch nicht nachvollziehen, da die Beschlussfassung für 2013 etwas anderes vorsieht.

Zudem gebe es jetzt wieder die Direktorenstelle, die ursprünglich gestrichen war. Entsprechend den Ausführungen von Herrn Bürgermeister Geier soll es nunmehr wieder beide Stellen geben.

Er wies darauf hin, dass in der Vergangenheit diskutiert wurde, welche finanziellen Mittel für das Museum aufgewandt werden sollen, da das Geld für eine zusätzliche Stelle nicht vorhanden war. Man entschied sich für die Kuratorenstelle, bis die Dauerausstellung fertig konzipiert ist und wollte danach die weitere Verfahrensweise diskutieren. Eine endgültige Entscheidung, ob Kurator oder Direktor oder beides, wurde demnach nicht getroffen.

Nunmehr habe die Verwaltung sich für beides entschieden.

Herr Bürgermeister Geier stellte klar, dass die Diskussion so verstanden worden sei, dass es parallel zum Leiter bzw. Direktor des Museum einen Kurator geben soll. Im Übrigen war dies auch entsprechend im Stellenplan abgebildet. Durch die Änderungsanträge zum Stellenplan ist eine der beiden Stellen gestrichen worden.

Herr Bönisch sagte, dass die Diskussion hierzu noch nicht abgeschlossen ist. Es müsse erneut im Gremium besprochen werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass seitens der Verwaltung ein Vorschlag gemacht wurde.

Herr Bürgermeister Geier stimmte zu, dies noch einmal ausführlich im Finanzausschuss zu diskutieren. Er ergänzte, dass es aus der derzeitigen Situation heraus der pragmatischste Weg sei.

Anfrage Herr Kley, FDP-Fraktion, zum Vergleich Hansetag und Wichtigkeit Personalstellen

Herr Kley äußerte, dass die Verwaltung keinerlei Probleme damit hat, eine Personalstelle mit ähnlichen Mittelaufwendungen wie für die Ausrichtung des Hansetages aufzubringen. Die Schwerpunktsetzung liegt bei der Personalpolitik, d. h. man hat eine Person in das Museum versetzt, dem nicht zugetraut wird, gleichzeitig Kurator sein. Man hat damit Mehrausgaben im Personalbereich.

Hingegen ist keinerlei Förderung für die Wirtschaft zu erkennen, da für die Ausrichtung des Internationalen Hansetages keine finanziellen Mittel bereitgestellt werden sollen.

Es lagen keine weiteren mündlichen Anfragen vor.

zu 10 Anregungen

Es lagen keine Anregungen der Mitglieder des Hauptausschusses.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand beendete die 41. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Anja Schneider
Protokollführerin